

Ein Militärputsch und fünf Jahre Bürgerkrieg: Jetzt sollen Myanmars Bürger das Regime legitimieren

Die Machthaber in Myanmar muten der Bevölkerung einiges zu: Sie soll ein Regime legitimieren, das die letzten Wahlen klar verloren hat und das Land in einen Krieg stürzte. Nun liegen die ersten Ergebnisse der jüngsten Wahlen vor.

Manfred Rist, Singapur 01.01.2026, 05.30 Uhr

Anders als beim letzten Mal hält sich der Andrang diesmal in Grenzen: Menschen warten vor einem Wahllokal in der Stadt Yangon darauf, ihre Stimme abzugeben. Die erste Runde der Parlamentswahlen in Myanmar fand am 28. Dezember 2025 statt.

Lauren DeCicca / Getty

Inmitten eines Bürgerkriegs und begleitet von grossen Sicherheitsvorkehrungen hat am vergangenen Sonntag in Teilen Myanmars ein erster von drei Wahldurchgängen begonnen. Aufgrund der angespannten Lage sind die Wahlen regional und zeitlich abgestuft. Bereits am Dienstag sprach die Union Solidarity and Development Party (USDP), die den machthabenden Generälen nahesteht, von einem überwältigenden Ergebnis. Laut inoffiziellen Angaben reklamiert die USDP den Sieg in 88 von 102 Wahlbezirken für sich.

Das Zwischenergebnis überrascht nicht, denn echte Oppositionsparteien oder Kritik an Regierung und Wahlverfahren wurden erst gar nicht zugelassen. Es bestehen keine Zweifel daran, dass die eng mit dem Militär verbandelte Partei Ende Januar offiziell zur Siegerin erklärt werden wird, obwohl am 12. und 25. Januar noch zwei weitere Wahlgänge stattfinden.

Die grosse Abwesende

Die grosse Abwesende bei den derzeitigen Wahlen ist die Partei Nationale Liga für Demokratie (NLD). Die NLD hatte die Wahlen vor fünf Jahren haushoch gewonnen und besetzte 80 Prozent der Parlamentssitze, während die USDP damals lediglich auf 6 Prozent kam. Die deutliche Wahlniederlage der USDP war einer der Auslöser für den Putsch durch das Militär. Die NLD und weitere Parteien wurden in der Folge verboten. Die frühere NLD-Chefin, die Demokratie-Ikone und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, wurde inhaftiert und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Seither wird sie an einem unbekannten Ort in Isolationshaft gehalten. Die 80-Jährige soll gesundheitlich angeschlagen sein.

Repräsentativ oder frei sind die derzeitigen Wahlen in keiner Weise. Gewählt wird nur in Bezirken, die unter der Kontrolle der Junta stehen. Die derzeitige Regierung unter Führung des früheren Armeechefs Min Aung Hlaing hat eingeräumt, dass die Wahlen nur in einem Teil des Landes durchgeführt werden könnten. Er verwies darauf, dass bewaffnete

aufständische Gruppen rund die Hälfte des Staatsgebietes kontrollierten, wo fast ein Drittel der Bevölkerung lebt.

Applaus aus Moskau und Peking

Den Machthabern geht es bei den Wahlen weder um Demokratie noch um Repräsentanz. Sie begnügen sich mit Scheinlegitimität. Das verfängt derzeit nur in China und Russland, die die Wahlen offiziell begrüsst haben. Beide Länder sind Hauptlieferanten für Rüstungsgüter und gebärden sich seit Jahren als Steigbügelhalter der Junta. Indien, der grosse Nachbar im Westen Myanmars, wollte ursprünglich Wahlbeobachter entsenden, krebste dann aber zurück.

Eine Beamtin zählt Stimmzettel in einem Wahllokal. Aufgrund der Kampfhandlungen wurde nur in der Hälfte des Landes gewählt.

Aung Shine Oo / AP

Elaine Pearson, die Asien-Direktorin von Human Rights Watch, nannte die Wahlen in einer Stellungnahme eine Farce. Es handle sich um einen verzweifelden Versuch, internationale Legitimität zu erlangen. Die von Min Aung Hlaing ursprünglich für Februar 2022 versprochenen Wahlen wurden unter dem Vorwand, die Gewalt im Land lasse dies nicht zu, immer wieder verschoben.

Das Timing der Junta entspringt ebenfalls einem durchschaubaren Plan: Am 1. Februar 2026 jährt sich ihr Putsch zum fünften Mal. Die Bilanz ihrer gewaltsamen Machtübernahme ist indes katastrophal: Myanmar steckt in einer humanitären Krise, viele junge Leute sind ins Ausland geflohen, und die Armee kämpft an mehreren Fronten gegen ein Dutzend Rebellenorganisationen sowie zahlreiche Milizen. Das Land befindet sich in einer ausweglos wirkenden Gewaltspirale. Das Terrorregime sucht jetzt verzweifelt nach einem Deckmäntelchen: Mit den Wahlen soll der Eindruck von Normalisierung und einer Rückkehr zur Demokratie erweckt werden.

Das in Thailand ansässige Asian Network for Free Elections (Anfrel) weist in diesem Zusammenhang auf drei Defizite hin: Erstens stünden nur ein paar handverlesene Parteien zur Wahl, zweitens herrsche eine Atmosphäre von Angst und Einschüchterung, was in drakonischen Strafen gegen jede Kritik an den Wahlen zum Ausdruck komme. Laut dem Exil-Nachrichtenportal «The Irrawaddy» wurden bis Anfang November fast neunzig Kritiker inhaftiert. Drittens fehle eine unabhängige Wahlaufsicht.

Wahlberechtigt sind derzeit etwa 24 Millionen Menschen, das sind aufgrund der Kämpfe rund 35 Prozent weniger als 2020. Augenzeugen in Yangon und Mandalay berichten von einer geringen Wahlbeteiligung. In den Wahllokalen hätten sich kaum jüngere Leute eingefunden. Auch das ist ein krasser Gegensatz zu den letzten Wahlen im November 2020, die später von der Junta annulliert wurden. Damals hatte die Beteiligung 70 Prozent betragen.